

Rede des Landrats Berthold Gall zur Einbringung des Haushaltsplanes 2009 in der Sitzung des Kreistages des Main-Taunus-Kreises am Montag, den 03. November 2008

(die komplette Rede mit den verwendeten Schaubildern kann unter www.mtk.org abgerufen werden)

Es gilt das gesprochene Wort !

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

in diesem Herbst sind wir alle Zeugen einer sich verändernden Wirtschaftsordnung geworden. Prinzipien, scheinbar verlässliche ökonomische Wechselwirkungen der vergangenen Jahrzehnte, vermeintliche Sicherheiten und Vertrauen: alles schmilzt dahin wie Wachs unter der Kerzenflamme. Die Immobilienkrise in den USA hat zum weltweiten Crash geführt, eine gigantische Kapitalvernichtung von Unternehmenswerten und privaten Investitionen ausgelöst. Die Meisten von uns haben das weder erlebt noch in ihren schlimmsten Befürchtungen so drastisch erwartet. Banker sind sprachlos, Menschen haben Angst um Ersparnisse, um die Früchte ihrer Arbeit, Sorge um die Zukunft und Verunsicherung greift um sich. Viele, die ausschließlich auf die freien Kräfte des Marktes gebaut haben, rufen nun nach Hilfe und Sicherheiten des Staates und geben jenen Munition in die Hand, die es schon immer besser wussten. Top-Manager der Banken beherrschen die eigenen Produkte nicht mehr, verlassen die Kommandobrücken mehr oder weniger freiwillig oder bitten die Politik um Hilfe. Letztlich haftet der Steuerzahler für Bankgarantien. Die Erosion sicher geglaubter Arbeitsplätze setzt sich in einer nachlassenden Konjunktur fort. In den USA und vielen Staaten der Welt muss ökonomisch umgedacht werden. Auf das Versagen freier Kräfte überstürzen sich plötzlich die Ankündigungen staatlicher Garantien, und schon springt der DAX wieder hoch. Die wirtschaftliche Weltordnung ist in Unordnung und scheint mit den gewohnten Mitteln der Ökonomie nicht mehr beherrschbar.

Wir selbst stehen oft fassungslos und staunend am Rand des Geschehens. Dennoch wird jeder von uns davon mittel- und unmittelbar für eine längere Periode betroffen sein. Doch klagen hilft nichts, wir müssen damit fertig werden - und wir werden es!

Überblick behalten. Richtig reagieren. Weiter vorsichtig, flexibel aber entschlossen handeln. Unsere Ziele nicht aus dem Auge verlieren und aus der Krise erneut lernen. Das sind die Kernbotschaften, die ich aus diesem Szenario für unsere Arbeit im MTK aufnehme. Unter diesem allgemeinen Eindruck lege ich Ihnen heute den Etat 2009 vor. Unsere MTK- Basisdaten für das

nächste Jahr sind mit Blick auf die Einnahmen auf sicheren Füßen. Bei den Planungen für die Zukunft über 2010 hinaus müssen wir aufgrund des geänderten Wirtschaftsumfeldes manches Fragezeichen setzen. Aus Vorfahrtsschildern müssen wir auf manchen Strecken Vorfahrt-Achten-Schilder machen. Vorsicht hat noch nie geschadet, um sicher anzukommen.

Unsere strategischen Schwerpunkte Bildung, Ausbildung, Kindererziehung, Standort- und Qualitätssicherung des MTK genießen gerade vor diesem Szenario ungeteilte Priorität; vielleicht mit etwas verzögertem Tempo. Der MTK ist ein Top-Bildungs- Wirtschafts- und Lebensstandort in der Region Rhein-Main, und wir machen ihn zukunftsfähig. Dazu bedarf es unserer weiteren gemeinsamen Anstrengung bei aller politischen Detailbetrachtung. Und dazu ermuntere ich Sie erst recht in stürmischen Zeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
nun zu den Zahlen:

Unsere wichtigste Finanzquelle - immerhin 2/3 unserer Erträge - sind die Kreis- und die Schulumlage. Um die Umlagegrundlage zu berechnen, werden nach den gesetzlichen Vorgaben die Steuern herangezogen, die in der zweiten Jahreshälfte 2007 und im ersten Halbjahr 2008 von den Städten und Gemeinden eingenommen wurden. Und in diesem Zeitraum hatte die Konjunktur mehr Fahrt als jetzt.

Diese Zahlen zeigen: die Wirtschaft im Main-Taunus-Kreis lief rund. Alle gemeinsamen Anstrengungen haben sich über Jahrzehnte ausgezahlt. Ich bin, wie viele Weggefährten unter Ihnen in diesem Kreistag, Zeuge oder Entscheider in diesem Ballungsraum. Sukzessive haben wir die Standortmerkmale verbessert und Qualitätsmarken und Orientierungspunkte für die Bevölkerung und Unternehmen gesetzt. Daran müssen wir weiter hart arbeiten.

Erfolgreiche Traditionsbetriebe, aber auch neue Unternehmen mit ihren Ideen und Marktkonzepten haben die Steuereinnahmen unserer Städte und Gemeinden nochmals steigen lassen. Rund 30 Mio.

€ sind zusätzlich in ihre Kassen geflossen, das sind sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Zu dem satten Plus haben nicht nur die Einnahmen aus der Gewerbesteuer beigetragen, sondern auch Zuwächse aus der Einkommensteuer. Gerade diese Steuer zeigt die Ertragskraft der Bevölkerung in unserem Kreis. Leider gibt es auch Menschen, denen es weniger gut geht; aber dazu komme ich noch. Wie sich die Ausgleichsmasse des Kommunalen Finanzausgleichs im Vergleich zum laufenden Jahr ändern wird, ist noch nicht bekannt, da der Landeshaushalt noch im Diffusen liegt. Aber der Finanzminister hat schon Warnsignale gegeben, die wir nicht ignorieren dürfen. In die Berechnungen unseres eigenen Etats ist deshalb zunächst der Wert von 2008 eingeflossen.

Demnach steigen im kommenden Jahr die Grundlagen der Kreisumlage auf 404 Mio. €, und sind damit um mehr als 37 Mio. € höher als der historische Spitzenwert von 2008. Unter diesen Bedingungen können wir 2009 erneut im Entwurf einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Wie in vielen anderen Bereichen zählen wir auch hier hessenweit zur Spitze: Im laufenden Jahr konnten nur 6 der 21 Kreise ihre Haushalte ausgleichen. Insofern ist es berechtigt, dass der Hessische Landkreistag feststellt, in den kommunalen Haushalten sei von Entspannung keine Spur. Der Präsident, mein Kollege Jakoubek aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg, stellt fest, dass es die Landkreise, trotz Ausschöpfung aller Konsolidierungspotentiale, aus eigener Kraft nicht schaffen. Als Grund nennt er die Kosten bei der sozialen Sicherung und der Jugendhilfe, die wegen zunehmender Fallzahlen wieder steigen. Der Zuschussbedarf für Soziales und Jugendhilfe ist bei allen Kreisen 2008 gegenüber dem Vorjahr um 130 Mio. € gestiegen und liegt jetzt bei **rd. 1,2 Milliarden €**. Zudem drücken uns Erhöhungen bei Tarifen und Besoldungen, und die Energiekosten sind weiter gestiegen. Dazu später mehr.

Nun zu den wesentlichen **Eckdaten des Etats 2009**:

Zum zweiten Mal erhalten Sie den Etatentwurf in der doppelten Form. Wesentliche Veränderungen können Sie aufgrund der Spalten mit den Ansätzen des laufenden Jahres nachvollziehen. Außerdem haben wir, wie zugesagt, die Erläuterungen der sog. freiwilligen Leistungen weiter verfeinert und auf den jeweiligen Produktseiten dargestellt. Trotz aller Kritik, was die Doppik im Allgemeinen betrifft, stelle ich für den KA fest: Die zentrale Botschaft - mehr Selbstverantwortung für die Verantwortlichen bei Gestaltung und Vollzug des Haushaltsplanes - ist in der Kreisverwaltung angekommen. Der Vergleich zum ersten doppelten Jahr dürfte Ihnen daher die diesjährige Lesung erleichtern. Allerdings hat uns die Doppik Mehrarbeit bei den Buchungsvorgängen und ihrer Steuerung gebracht. Eine abschließende Meinung darüber, ob sich dieser ganze Aufwand in der Summe überhaupt lohnt, verkneife ich mir nach wie vor. Nur: die Doppik ist Pflicht, und wir werden

auch diese Aufgabe mit Engagement erfüllen und verbessern, was in unserer Macht steht.

Der **Ergebnishaushalt** hat ein Volumen von rund 292 Mio. € und schließt mit einem Überschuss von rund 8,6 Mio. € ab. Wir können also den Haushalt wieder ausgleichen. Allerdings hat sich das Ergebnis im Vergleich zum laufenden Jahr um fast 5 Mio. € verschlechtert. Trotz der Finanzstärke unserer Kommunen belasten auch uns die Kostensteigerungen, die der Landkreistag für alle Kreise beschrieben hat. Um die Belastungen bei den Schulen auszugleichen, müssen wir den Schulumlagebesatz um 3,5 Prozentpunkte auf jetzt 14 Prozent anheben. Grund sind nicht nur gestiegene Personal- und Energiekosten. Wir müssen auch mehr für die Gebäude aufwenden. Neben höheren Kosten für Unterhaltung und Sanierung kommen besonders durch Brandschutzauflagen höhere Ausgaben auf uns zu. Ob dies immer so notwendig ist, dazu habe ich meine eigene Auffassung. Aber gegen das Argument der Sicherheit im Fall des Falles kann sich kein Verantwortlicher wehren.

Wer in seiner Stadt oder Gemeinde beste Schulen und Schulturnhallen haben will, muss das auch bezahlen. Ich wäre sehr dankbar, wenn diese Einsicht auch in die eine oder andere Haushaltsrede in den Städten und Gemeinden Einzug halten würde.

Trotz gestiegener Schulumlage werden die Kommunen aber nicht zusätzlich belastet: Wir senken nämlich gleichzeitig die Kreisumlage um 3,5 Prozent. **Insgesamt bleibt es daher bei den jetzigen 49,5 Prozent Hebesatz!**

Der **Finanzhaushalt** spiegelt die Mittelherkunft und die Mittelverwendung. Für Investitionen sind Auszahlungen von 50,7 Mio. € eingeplant. Für 2008 liegt dieser Wert bei 28,4 Mio. €. Nach Abzug der Finanzmitteln aus laufender Verwaltungstätigkeit, die zunächst zur Schuldentilgung und darüber hinaus für Investitionen verwendet werden, bleibt ein Kreditbedarf von rund 38,7 Mio. €. Eine Netto-neuverschuldung ist in Höhe von rund 28 Mio. € geplant. Grund dieser Neuverschuldung sind ausschließlich die veränderten Bedingungen unserer Schullandschaft.

Wenn wir uns die Schülerzahlen und Veränderungen der Schülerströme im MTK und den angrenzenden Nachbarn anschauen, stellen wir fest, dass wir immer attraktiver werden, während sich unsere Nachbarn wie Mainz, Wiesbaden und Frankfurt auf Abwehrmaßnahmen gegen unsere Schüler zurückziehen. Eine der wesentlichen, unveränderten Kriterien für die Entscheidung, wo Eltern leben und wo sie ihre Kinder zur Schulen bringen wollen, sind neben der Schulform oder den Verkehrsanbindungen gerade die Qualität des Lehrpersonals, des Schulprofils und der Zustand der Schulgebäude, Turnhallen und Ganztageeinrichtungen. Hier hat der MTK in den vergangenen zehn Jahren nicht nur aufgeholt, sondern sich durch Investitionen in IT, Gebäude und Einrichtungen

nach ganz vorne gekämpft. Dies ist ein andauernder und damit investitions- und kostentreibender Prozess. Die aus dieser Einsicht für 2009 eingeplanten Investitionen und Erneuerungen schlagen sich in unseren Bankverbindlichkeiten nieder. Sie werden sich Ende kommenden Jahres auf rund 298 Mio. € summieren. Die wichtigsten Positionen im Etatentwurf 2009:

Die mit Abstand größte Position ist der Sozialetat, also die Leistungen für Sozial- und Jugendhilfe; sie stehen in den Einzelplänen 50 und 51. Für Transferleistungen sowie die Personal- und Sachkosten der Verwaltung sind rund 116 Mio. € eingeplant. Dabei sind die Erträge in diesen Bereichen bereits abgezogen. Im Vergleich zu jetzt steigt der Zuschussbedarf um 10 Mio. €.

Bei der Zunahme sind alleine 4,4 Mio. € der höheren Umlage an den Landeswohlfahrtsverband zuzuschreiben. Sie steigt von 44,8 Mio. € auf 49,2 Mio. € im kommenden Jahr. Obwohl der LWV-Umlagehebesatz von 12,11 % auf 12,10 % gesenkt wird, zeigt hier die Finanzkraft des Main-Taunus-Kreises Wirkung. Ebenso wie die Grundlagen für die Kreisumlage steigen auch die Grundlagen für die Verbandsumlage. Zusätzlich erhöht sich der Finanzbedarf laut Eckwertebeschluss der Verbandsversammlung auf rd. 981 Mio. €. Insbesondere angesichts steigender Fallzahlen und aufgebrauchter Rücklagen sah sich der Landeswohlfahrtsverband zu dieser Erhöhung gezwungen.

Die im Teilhaushalt 50 für Arbeit und Soziales veranschlagten Belastungen haben ein Volumen von 46,3 Mio. € und liegen damit 1,6 Mio. € höher als jetzt. Die Fallzahlen bei der **Grundsicherung für Arbeitsuchende** nach SGB II entwickeln sich augenscheinlich positiv. 2008 waren 4.250 Fälle eingerechnet. Aus heutiger Sicht wird diese Zahl jedoch nicht erreicht, es werden wohl nur rund 4.100 Fälle werden. Diese Grundsicherung, so gut sie für den einzelnen Menschen auch sein mag, entwickelt sich zu einem Kostentreiber für die Kreise. Man könnte denken: Wenn es weniger Fälle gibt, sinkt auch der Zuschussbedarf. Doch hier macht uns der Bund einen Strich durch die Rechnung. Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft lag im Jahr 2007 noch bei 31,2 %. Für 2008 wurde der Anteil auf 28,6 % gesenkt. Diese Berechnung basiert ausschließlich auf der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Diese sind zwar ebenfalls gesunken, gleichzeitig jedoch haben sich die Kosten für Unterkunft und Heizung erhöht. Für 2009 ist erneut zu befürchten, dass der Bund seine Beteiligung weiter senkt, weil es bundesweit immer weniger Bedarfsgemeinschaften gibt. Das Risiko steigender Unterkunftsstellen indes hat der Bund den Kommunen aufgebürdet. Für die Grundsicherung für Arbeitsuchende werden wir deshalb 18,8 Mio. € einsetzen müssen und damit 600.000 € mehr als im Haushalt 2008 eingeplant. Das Resümee? Den Letzten beißen die Hunde!
Oder anders ausgedrückt: der öffentliche Haushalt ist ein Haushalt, in dem jeder essen und trinken, aber keiner Geschirr spülen will.

Und das Ganze setzt sich munter fort. Ich empfehle deshalb die Lektüre des MTK-Sozialberichts 2007. Sie können daraus auch jede einzelne Stadt oder Gemeinde mit ihren Kennzahlen und Anspruchsgrundlagen sehen, was dann letztlich der MTK zu schultern hat. In den häufigsten Fällen wird das gerne, sicher ohne Absicht, übersehen.

Wir sitzen seit langem - schon vor der Finanzkrise, aber jetzt erst recht - auf einem Pulverfass von Ansprüchen und Kosten, die ihresgleichen sucht. Zu wenigen Arbeitenden stehen zu viele Transferempfänger gegenüber. Das zieht die Arbeitenden auf eine Schuldenspirale, so dass diese in Grenzfällen mehr und mehr überlegen, ob sie nicht die Seite wechseln sollen. Aber es kann doch nicht sein, dass Arbeit sich immer weniger lohnt. Und noch ärgerlicher ist es dann, wenn wir Missbrauch feststellen, der diese Tendenzen noch verstärkt. Deshalb muss auch alles unternommen werden, Sozialbetrug anzuzeigen und zu verfolgen.

Auch bei der Sozialhilfe nach SGB XII steigen die Aufwendungen. Die Zahlen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung weisen nach oben. Während im laufenden Etat 950 Fälle berücksichtigt waren, rechnen wir für 2009 mit einer Zunahme auf 1.150 Fälle. Wir werden deshalb 1,2 Mio. € mehr aufwenden müssen, insgesamt 11,4 Mio. €. Gleiches trifft für die Alten- und Behindertenhilfe zu. Im Main-Taunus-Kreis war zum Stichtag 31.12.07 jeder 5. Mensch älter als 65 Jahre. Es darf deshalb niemanden verwundern, wenn mit steigendem Alter der Bevölkerung mehr für Pflegeleistungen ausgegeben werden muss. 2009 und darüber hinaus wird der demografische Wandel zunehmend auf den Sozialetat durchschlagen. Für diese Aufgaben sind im aktuellen Haushalt 10,1 Mio. € eingeplant, für das kommende Jahr schon 10,4 Mio. €.

Für Jugendhilfeleistungen haben wir 20,4 Mio. € veranschlagt. Einen Schwerpunkt bildet der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, besonders für Kinder unter dem dritten Lebensjahr. Mit der Satzung zur Teilnahme an der Kindertagespflege hat der Kreistag 2007 die Grundlage geschaffen, Betreuung sicher zu stellen und die Erhebung von Kostenbeiträgen zu regeln. Seither wollen immer mehr Eltern ihre Kinder in dieser Altersgruppe betreuen lassen. Wir rechnen für 2009 mit 400 Fällen und zusätzlich notwendigen Haushaltsmitteln von 350.000 €. Auch bei der Förderung in Tageseinrichtungen - also in Kindergärten und -horten - sind Zuwächse zu erwarten. Wir rechnen mit Mehraufwendungen von rd. 470.000 €; dabei sind Mittagessenzuschüsse für bedürftige Kinder eingerechnet. Wir gehen von 800 Fällen aus.

Besonders der Schutz der Kinder liegt uns am Herzen. Medienberichte aus dem ganzen Bun-

desgebiet über Vernachlässigung oder Missbrauch von Kindern haben die Menschen für dieses traurige Thema sensibilisiert. Im Jahr 2007 wurde unser Jugendamt in 140 Fällen alarmiert, und leider bestätigte sich der Verdacht in 131 Fällen. Im Main-Taunus-Kreis arbeiten wir darauf hin, dass es gar nicht erst zu solchen Alarmmeldungen kommen muss. Wir unterstützen sozial benachteiligte Familien schon von der Geburt des Kindes bis zum ersten Geburtstag durch die so genannten **Familienhebammen**. Außerdem bieten wir Elternkurse und Fortbildungen für Erzieherinnen an.

Meine Damen und Herren, ob es um den Schutz der Kinder geht, um Sozialleistungen, um Neubauten und Sanierungen an den Schulen: Die MTK-Kreisverwaltung ist ein Dienstleister, das Kreishaus ein Servicezentrum. Die ganze Palette des Angebots wird von rund 1.000 Bediensteten einschließlich Teilzeitkräften erledigt. Für ihre Arbeit und ihre Kompetenz werden wir im kommenden Jahr Personalaufwendungen von rd. 40,7 Mio. € zu tragen haben. Das sind 3,6 Mio. € oder 9,8 % mehr als im laufenden Jahr.

Ein Zuwachs, der ein genaueres Hinsehen erfordert. Alleine 2,4 Mio. € entfallen auf Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie auf höheren Kranken- bzw. Pflegeversicherungsbeiträgen. Die bislang letzte Gehaltserhöhung hatten wir im Jahr 2004 in unserem Haushalt zu verkraften. Dass der Anstieg nun so hoch ausfällt, ist den Tarifabschlüssen für 2008 und 2009 zuzuschreiben, die beide erstmals kostenwirksam veranschlagt sind. Langzeitarbeitslose wieder in die Arbeitswelt einzugliedern und dauerhaft dem ersten Arbeitsmarkt zuzuführen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Amtes für Arbeit und Soziales. Eines der zur Verfügung stehenden Instrumente sind die so genannten Arbeitsgelegenheiten. Arbeitgebern werden dabei 75 % der entstehenden Personalkosten erstattet. Der Main-Taunus-Kreis will im kommenden Jahr zehn Menschen jeweils einen entsprechenden Arbeitsplatz anbieten. Den zusätzlichen Aufwendungen stehen Erstattungen gegenüber.

Mit dem kommenden Jahr werden die Flörsheimer Schulen in die Verwaltung des Kreises übernommen. Damit endet nach über 30 Jahren die Delegation von Schulträgeraufgaben an die Stadt. Den zusätzlichen Personalkosten stehen Einsparungen bei den Erstattungen von Verwaltungskosten gegenüber. Insofern wird der Kreishaushalt insgesamt nicht zusätzlich belastet. Schließlich schlagen sich Änderungen im Stellenplan 2009 mit höheren Aufwendungen im Etat nieder. Die Anforderungen an die öffentlichen Hände wachsen, darauf habe ich bereits hingewiesen. Auch dieser Kreistag trägt mit Anträgen und Leistungszusagen zu Mehraufgaben und Mehrleistungen bei. Das hat auch personelle Folgen.

Der Kreisausschuss hat es sich nicht leicht damit gemacht, zusätzliches Personal einzuplanen. Aber

ohne solches zusätzliches Personal können einige Bereiche der Verwaltung ihre Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen. Hierzu nur ein paar Beispiele und Fallzahlen:

- Das Rechtsamt musste im Jahr 2005 noch 242 Gerichtsverfahren bearbeiten, 2007 waren es bereits 347. Gleichzeitig wuchs die Zahl der eingehenden Widersprüche von 219 auf 429 Fälle.
- Die Vollstreckungsstelle registrierte im gleichen Zeitraum einen Anstieg der Vollstreckungsfälle von 12.200 auf 15.200 jährlich.
- Der Soziale Dienst im Jugendamt hatte es mit mehr Meldungen wegen Kindeswohlgefährdung zu tun: Von 100 im Jahr 2005 wuchs die Zahl auf 140 im Jahr 2007, wie bereits geschildert.

schließlich

- das Amt für Schulbau: Mehrbelastungen gibt es nicht nur durch die Übernahme der Flörsheimer Schulen, sondern auch, weil die im Investitionsprogramm vorgesehenen Bau- und Sanierungsarbeiten ausgeweitet werden mussten.

Der Main-Taunus-Kreis wendet seit Anfang 2008 die doppelte Buchführung an. Können wir deshalb wie ein Unternehmen agieren, Produkte herstellen, die der Markt nachfragt und entsprechend vergütet? Nein! Jeder Unternehmer würde seine Produkte vor Markteintritt einer harten Prüfung unterziehen, sie danach beurteilen, ob sie marktgängig sind und Aussicht auf Profit haben. Wir können das nicht. Wir sind zumeist gesetzlich verpflichtet, bestimmte Aufgaben zu erfüllen, wenn notwendig auch mit zusätzlichem Personal. Wir als Main-Taunus-Kreis sind ein Dienstleister, und das bedeutet: Haben wir zuwenig Personal, dann schrumpft nicht nur die Arbeitsmenge, sondern auch die Arbeitsqualität. Das kann nicht unser Ziel sein. Das ist aber kein Freibrief für hemmungsloses Aufstocken: Die Prognosen zur Wirtschaftsentwicklungen zwingen uns zur Vorsicht. Wir müssen Prioritäten setzen und unsere Angebote und unsere Arbeitsorganisation darauf hin abklopfen, was noch effizienter erledigt werden kann, damit wir die Folgekosten durch zusätzliches Personal möglichst niedrig halten. Nur fürchte ich, das durch zu erwartende Regeldichten und eine anstehende Rezession die Spirale –Arbeitslose, Hartz IV- Empfänger und steigende Sozialleistungen und Belastungen auf uns zukommen werden.

Die Erfassung des beweglichen und unbeweglichen Vermögens für die Eröffnungsbilanz ist weitgehend abgeschlossen, die Zugänge des Jahres 2007 sind nacherfasst. Zum Stichtag 1.1.2008 haben die Anschaffungswerte einen Buchwert von rd. 380 Mio. €. Für die Jahr 2008 und 2009 werden sich diese um weitere 28,8 Mio. € erhöhen. Die Abschreibungen, die den Wertverlust sichtbar machen, sind mit rd. 7,4 Mio. € veranschlagt. Soweit wir Investitionszuweisungen oder -zuschüsse erhalten haben, sind diese auf der Passivseite der Bilanz auszuweisen.

Sie werden über die Nutzungsdauer des jeweiligen Anlagegutes aufgelöst. Aus der Auflösung dieser Sonderposten mit einem Volumen von 45,2 Mio. € erwarten wir für das kommende Jahr Erträge in Höhe von rd. 1,2 Mio. €. Den Löwenanteil an diesen Vermögenswerten stellen unsere Schulen. Diese zu erhalten, zu pflegen und jeweils auf den neuesten Stand der Technik zu bringen, ist nur mit erheblichem finanziellen Input möglich. Im Haushalt 2009 stehen dafür mehr als 18 Mio. € bereit.

Neben den Erhaltungsaufwendungen im Ergebnisplan sieht der Etat 2009 im Finanzplan Investitionen von insgesamt 50,7 Mio. € vor. Darunter sind 38 Mio. € für Bauvorhaben an Schulen inkl. der Einrichtung vorgesehen. Dieses Investitionsvolumen zeigt erneut die politischen Schwerpunkte Schulen und Bildung im Kreis. Ohne gute Schulbildung und internationale Ausrichtung haben unsere Kinder und Heranwachsenden kaum eine Chance, erfolgreich ins Berufsleben starten und ihren Lebensweg gehen zu können. Was wir leisten können, haben wir bewiesen. Das Umfeld wird aber nicht nur personell, sondern auch konjunkturell aufgrund stark gestiegener Preise der Bauwirtschaft, steigender Zinsen und mangelnder Qualität schwieriger. Die Schlagzahl hat aber nicht nachgelassen. Dennoch müssen wir die Kapazitäten anpassen um die Anforderungen zu erfüllen.

Das **IZBB - Zukunfts-Investitions-Programm** des Bundes haben wir von 2004 bis heute mit einem Bauvolumen von ca. 10. Mio € voll ausgeschöpft und damit ca. 8,5 Mio. € aus dem Förderprogramm erhalten. Andere Prioritäten mussten deshalb verschoben werden, die nun wieder in den Fokus unserer Arbeit kommen. Trotz und außerhalb dieses Programms haben wir auch in den vergangenen Monaten neue Schulgebäude und Sporthallen übergeben: den Neubau für die Ganztagsbetreuung an der Freiherr-vom-Stein-Schule in Eppstein, die Erweiterung des Ganztagsangebotes und der Bibliotheksneubau an der Gesamtschule Am Rosenberg in Hofheim sowie die neue Turnhalle an der Friedrich-Ebert-Schule in Schwalbach.

Die Schulprojekte, die unter den laufenden Baumaßnahmen im Investitionsprogramm stehen, wurden teilweise erheblich modifiziert, weil sich die Bedingungen in den vergangenen Jahren geändert haben. Einzelheiten dazu können wir noch in den Beratungen zu diesem Haushaltsentwurf erörtern. Wir brauchen aber nicht nur mehr Räume und größere Flächen, wir brauchen auch ökologisch vernünftige und wirtschaftliche Bauten. Angesichts steigender Energiepreise ist es wichtig, die Gebäude so zu planen oder umzurüsten, dass der Energieverbrauch in Grenzen gehalten oder gesenkt wird. Auch das bedeutet im Detail erhöhte Anforderungen an Qualität und Personal, ferner eine verlässliche Kontrolle bis zur Endabrechnung.

Bei einigen Vorhaben, die wir bereits im bisherigen Investitionsprogramm vorgesehen hatten, sind Mehrkosten zu verkraften, zum Beispiel bei der Erweiterung und Sanierung des Graf-Stauffenberg-

Gymnasiums in Flörsheim. Nach Teilung der ehemaligen Gesamtschule in Gymnasium und Haupt- und Realschule, der Sophie-Scholl-Schule, wurden neue Raumprogramme beschlossen. Besonders wegen steigender Schülerzahlen braucht das Gymnasium neue Unterrichtsräume, und auch der Verwaltungsbereich muss vergrößert werden. Für die noch ausstehende Erweiterungen, den Abbruch der ehemaligen Adolf-Reichwein-Schule sowie die umfangreichen Sanierungen rechnen wir mit Gesamtkosten von 23 Mio. €.

An der Heiligenstockschule in Hofheim war bisher eine umfangreiche Sanierung vorgesehen. Um der Schule ein zweites Hallenfeld einzurichten, sind Umbauten an der Sporthalle notwendig, die über die bisherigen Planungen hinausgehen. Außerdem entsteht an der Schule zusätzlicher Raumbedarf im Zusammenhang mit der Aufnahme in das Ganztagsprogramm. Zusammen mit den vorgesehenen Sanierungen sind 12 Mio. € zu investieren.

Schließlich noch ein Blick auf die Friedrich-von-Bodelschwing-Schule in Hofheim. Die Schule für Praktisch Bildbare braucht besondere Nebenflächen für Ruheräume, Rollstuhllager, WC-Anlagen etc. Unabdingbar sind auch die besondere, hochwertig behindertengerechte Möblierung mit höhenverstellbaren Waschbecken und spezieller Ausstattung für die Lehrküche. Das Investitionsprogramm sieht Gesamtkosten für die Erweiterung von 3,8 Mio. € vor.

Insgesamt enthält die Prioritätenliste zwölf Projekte, die wir 2009 in Angriff nehmen wollen. Sieben sind Bau- und Erweiterungsvorhaben; für weitere fünf sind zunächst nur Planungskosten angesetzt. Letzteres gilt auch für den Neubau der Betreuung an der Wilhelm-Busch-Schule, die neue Haustechnik an der Gesamtschule Am Rosenberg, den Brandschutz an der Eichendorff-Schule sowie die Erweiterung der Alfred-Delp-Halle an der Sophie-Scholl-Schule. Dafür sind für 2010 und 2011 zunächst nur Planungskosten veranschlagt. Nach einer ersten nur sehr groben Schätzung werden diese neun Projekte insgesamt ein Investitionsvolumen von mindestens ca. 60 Mio. € haben. Um mindestens diesen Wert werden sich also das Volumen des Investitionsprogramms und damit auch unser Schuldenstand erhöhen.

Im kommenden Jahr sollen an zwei weiteren Grundschulen Ganztagsangebote eingerichtet werden. Die Georg-Kerschensteiner-Schule Schwalbach und die Dreilindenschule Neuenhain sind vom Hessischen Kultusministerium in das Ganztagsprogramm aufgenommen worden. Neben den Räumen für die Nachmittagsbetreuung müssen an beiden Schulen Küchen und Essensbereiche geschaffen werden. Das gemeinsame Essen in der Schule bietet die Chance, bereits im Grundschulalter die Essgewohnheiten positiv zu beeinflussen. Unterstützt durch die Fachstelle für Schule und Gesundheit, die wir dieses Jahr eingerichtet haben, geben wir den Schulen die Möglichkeit, Kenntnisse zu vermitteln, die zu gesundem

Essverhalten auch im Erwachsenenalter beitragen können.

In den Jahren ab 2010 enthält unser Investitionsprogramm 13 weitere Vorhaben mit einem Volumen von insgesamt fast 49 Mio. €. Hier einige Beispiele:

- In der Sophie-Scholl-Schule Flörsheim werden zusätzliche Räume benötigt, besonders für die Naturwissenschaften, aber auch für das Ganztagsangebot und die Schulsozialarbeit.
- Die Eddersheimer Schule Hattersheim soll auf einem Grundstück zusammengefasst und das alte Schulgebäude veräußert werden. Betreuungsräume werden ebenfalls geschaffen.
- Der Altbau der Riedschule Flörsheim ist fast 100 Jahre alt. Damit er funktionstüchtig bleibt, muss er umfangreich saniert werden. Dabei wird er auch so modernisiert, dass Energie eingespart wird.
- Auch in der Burgschule Eppstein sind die haustechnischen Anlagen in die Jahre gekommen. Neben Brandmeldeanlage und Elektroinstallation werden besonders die Heizungs- und Sanitärinstallationen auf den neuesten Stand gebracht.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, Schulen, das sind nicht nur Gebäude und Einrichtungen. Schule hat in erster Linie einen gesellschaftspolitischen Auftrag. In Ergänzung des Erziehungsauftrages der Eltern soll sie junge Menschen fit machen für den Start ins globale Bildungs- und Berufsleben. Mit der von uns im Main-Taunus-Kreis gestarteten „Offensive Naturwissenschaften“ wollen wir das Interesse der Schüler wecken an den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, kurz MINT genannt. Ein Baustein dabei sind besser ausgestattete naturwissenschaftliche Fachräume. Ein Zeichen wird dabei ein Genlabor am Graf-Stauffenberg-Gymnasium setzen.

Die auf mehrere Jahre angelegte Offensive wird 2009 fortgeführt, im Finanzplan ist eine 2. Tranche mit einer weiteren Million Euro eingeplant. Erstmals sind darüber hinaus im Erfolgsplan bei den Gymnasien und Gesamtschulen jeweils 50.000 € veranschlagt. So können die Schulen den Kindern und Jugendlichen naturwissenschaftliche Themen etwa auf Exkursionen, in Fachvorträgen oder mit anderen Angeboten nahe bringen. Ein weiteres, neues Element dieser Initiative sind Stipendien an Schülerinnen und Schüler mit besonders herausragenden Leistungen. Dieses Paket haben wir in Kooperation mit der Universität Frankfurt geschnürt. Wir wollen damit Schulabgänger motivieren, sich für ein naturwissenschaftliches Studium zu entscheiden. Dafür stehen 100.000 Euro bereit, verteilt auf zehn Stipendien. Mit dieser Idee leistet der Main-Taunus-Kreis einen Beitrag, den wachsenden Bedarf an Ingenieuren, Mathematikern und anderen Fachkräften zu decken. Gerade eine rohstoffarme Exportnation wie Deutschland darf sich keinen

Akademikermangel leisten, wie es der Bildungsbericht der OECD dieser Tage prognostizierte.

Wir sind nicht nur schulisch fit, sondern auch im Gesundheitswesen setzt der MTK seit vielen Jahren Meilensteine für Patienten in der Region, im In- und Ausland.

Das Eigenkapital der Kliniken soll um 14 Mio. € in zwei Tranchen in 2009 und 2010 aufgestockt werden, damit sie den vom MTK gestellten Auftrag auch in der Zukunft sicher erfüllen kann. Die Kliniken werden seit 1995 in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt, seit 2001 ist die Gesellschaft mit einem Stammkapital von 500.000 € ausgestattet. In den vergangenen 13 Jahren wurden eigenfinanzierte Investitionen mit einem Volumen von 41 Mio. € an den Kliniken geleistet; 23 Mio. € davon flossen in Bauvorhaben.

Durch den Bund werden in den Krankenhäusern seit vielen Jahren aufgrund gesetzlicher Vorgaben das Leistungsvolumen festgeschrieben, aber gleichzeitig die Preise für erbrachte Leistungen im Rahmen von Fallpauschalen gesenkt. Trotz dieser schwierigen Bedingungen konnten die Kliniken in den vergangenen 13 Jahren erfolgreich wirtschaften, ohne Betriebskosten- oder Investitionszuschüsse des Trägers MTK. Andere öffentlich-rechtliche Krankenhäuser haben unterdessen satte Verluste eingefahren.

Die Tarifvereinbarungen werden die Kliniken mit rd. 3 Mio. € an höheren Aufwendungen belasten. Absolut offen ist derzeit, ob der Gesetzgeber einen Tarifausgleich über das aktuelle Budgetrecht zulässt. Um die medizinische Versorgung zu sichern, wird derzeit das Krankenhaus Bad Soden umgebaut und mit einem neuen Bettentrakt erweitert. Bei Investitionskosten in Höhe von 38 Mio. € können Fördermittel des Landes von 24 Mio. € genutzt werden. Der verbleibende Eigenanteil ist nur mit Fremdmitteln zu realisieren, was zu einer zusätzlichen Zinsbelastung von rd. 630.000 € führt.

Mit höheren Erlösen können wir diese Last unter den aktuellen Bedingungen nicht kompensieren. Daher schlägt der Kreisausschuss dem Kreistag vor, das Eigenkapital der Kliniken in zwei Tranchen zu je sieben Mio. € in den Jahren 2009 und 2010 aufzustocken und damit der Gesellschaft die notwendige Liquidität zu ermöglichen und eine weitere Belastung des operativen Ergebnisses zu vermeiden. Gleichzeitig gibt diese Kapitalaufstockung den Kliniken genügend Finanzkraft, um weitere Investitionsvorhaben im Umfeld des Hofheimer Krankenhauses zu stemmen, ohne dafür auf weiteres Kreisgeld zurückzugreifen.

Wie Sie sehen, unternehmen wir höchste Anstrengungen um die von mir genannten Prioritäten des Kreisetats umzusetzen. Auf manches müssen wir deshalb verzichten, was wünschenswert wäre. Das Kreishaus werden wir bzgl. der Energiekosten Gas-Wasser ertüchtigen. Nach mehr als 20 Jahren fallen ständig höhere Reparaturen am Heizungs- und

Leitungssystem und damit Erneuerungsaufwendungen an. Dafür sind ca. 9 Mio € eingeplant.

Seit wir im Oktober 2005 das Eigentum übernommen haben, konnten wir die Raumeffizienz nochmals steigern. Trotz des Hauses am See sind wir nun an den Kapazitätsgrenzen angekommen. Den jetzt auftretenden Engpass lösen wir damit, dass wir dem Amt für Bodenmanagement (früher Katasteramt) die Räume gekündigt haben, so dass wir diese Raumkapazität selbst effizienter als bisher nutzen können. Der geplante Erweiterungsbau der zwischen 15 und 20 Mio. € gekostet hätte, wird damit zunächst hinausgeschoben. Alle weiteren planerischen Überlegungen hängen auch damit zusammen, wie sich die Bundesregierung langfristig zu dem Thema Hartz IV stellt und ob wir mit den anderen Optionskreisen und Kommunen diese Aufgabe behalten bzw. auch wirtschaftlich unbenachteiligt gegenüber der Agentur für Arbeit leisten können. Ansonsten werden wir auch weiter jede Möglichkeit nutzen, um die Dienstleistungen der Kreisverwaltung zu optimieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie uns noch einen Blick in die Finanzplanung der kommenden Jahre werfen. Wie entwickeln sich die Kreisfinanzen unter Berücksichtigung des derzeitigen Investitionsprogramms und des fortgeschriebenen Ergebnisplans weiter? Aus heutiger Sicht können wir auch in den nächsten Jahren Überschüsse erwirtschaften, mit denen wir unsere Schulden tilgen und einen Teil der Investitionen finanzieren können. Allerdings werden wir angesichts des umfangreichen Investitionsprogramms nicht ohne neue Kredite auskommen. Wie sich die Schulden entwickeln könnten, sehen wir in dieser Graphik. Wir müssen die Kurve allerdings neu zeichnen, wenn bei solchen Vorhaben, bei denen bisher nur die Planung vorgesehen ist, auch die Baukosten angesetzt werden. Ich habe bereits erwähnt, dass wir nach einer ersten Schätzung mit mindestens 60 Mio. € rechnen müssen. Setzen wir das ab 2010 um, dann sieht die Kurve so aus.

Unserer Finanzplanung liegen die Orientierungsdaten des Hessischen Innenministeriums zu Grunde. Wir haben dabei eine allgemeine Preissteigerung von einem Prozent einfließen lassen. Die Zahlen des Innenministeriums sind Mittelwerte für ganz Hessen und aus unserer Sicht überholt. Dennoch kommen wir unserer Pflicht zur Vorausschau der Finanzplanung nach. Uns ist es in den vergangenen Jahren immer wieder gelungen, die Einschätzungen positiv zu übertreffen, da im Ballungsraum besondere Bedingungen vorhanden sind, die einerseits vorteilhaft, andererseits auch erhöhte Kosten und Umlagen für andere Gebietskörperschaften über den Kommunalen Finanzausgleich mit sich bringen. Wir wollen trotz vieler Belastungen dazu beitragen, unseren Raum noch stärker zu machen. Der Zuzug vieler Arbeitskräfte und junger Familien und finanzstarker Unternehmen in unseren Kreis zeigt, dass diese Hoffnung kein Wunschdenken ist.

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist ein Regierungsprogramm in Zahlen. Lassen Sie mich inhaltlich zum Schluss unsere größten Herausforderungen der kommenden Jahre skizzieren. Trotz und gerade wegen der veränderten Rahmenbedingungen wollen wir die Entwicklung des MTK vorantreiben:

- Als Wohn, Gewerbe- und Dienstleistungsstandort brauchen wir die internationale Vernetzung und die Nähe zu den Bürgern auf den Gebieten Bildung, Schule, Gesundheit, Sport, Kultur, Freizeit, Infrastruktur und Erholung. Deshalb müssen wir den Main-Taunus-Kreis als Bindeglied in der Region Frankfurt/Rhein-Main stärken.
- Alle Schulen im MTK bleiben Schwerpunkt unserer Investitionen. Dabei setzen wir auf die Partnerschaft mit den Schulleiterinnen und Schulleitern, den Schülern und den Eltern in der gemeinsamen Verantwortung für die Erziehung und Ausbildung, um die künftigen Schulabgänger fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Neben den Grundlagenfächern, der IT-Kompetenz, Kultur und Sport investieren wir in die naturwissenschaftlichen Ausstattungen, aber ebenso in die Bibliotheken. Die Schullandschaft muss auch eine Leselandschaft sein. 49 Schulbüchereien haben wir mittlerweile im Kreis. Dazu kommen die Kreisbibliothek an der Main-Taunus-Schule und das Angebot des Medienzentrums in Kelkheim. Wir setzen nicht einseitig auf Online, sondern wollen auch, dass die Schüler zum Buch greifen, dem traditionellen Medium und Kulturgut. Laut einer US-Studie kann durch bessere Bibliotheken die Leseleistung um bis zu 18 Prozent gesteigert werden. Mehr individuelle Bibliotheksbesuche steigerten in Klasse 7 die Leseleistung um bis zu 22 Prozent. Das zeigt uns, dass wir als Schulträger mit Investitionen in unsere Bibliotheken einiges erreichen können.
- Ein besonderes Anliegen ist die Gesundheit. Um gesunde Ernährung an den Schulen und auch in der Zeit davor zu fördern, müssen wir uns als Kreis in den kommenden Jahren intensiv mit den Städten und Gemeinden vernetzen. So haben wir 2008 ein umfassendes Gesundheitsprogramm gestartet, mit Erlebniskoffern als Lehrmaterial für den Unterricht und mit einer extra eingestellten Ernährungs- und Gesundheitsberaterin. Sie steht den Schulen mit ihrem Rat als studierte Ökotrophologin zur Seite, um Konzepte für eine gesunde Ernährung zu entwickeln. Denn eine gesunde Ernährung fängt schon mit den Essgewohnheiten im Schulalter an.
- Gesundheit und Sport bedingen einander. Deshalb investieren wir weiter gemeinsam mit den Städten und Gemeinden gezielt in Sporthallen. Unsere Investitionen in neue Schulturnhallen sind daher nicht nur Pflichtübungen, um Platz

für den Sportunterricht zu schaffen, sie sind ein Beitrag des Kreises zur Bewegungsförderung. Ebenso wichtig ist es aber auch, den Sport im Freien zu betreiben, das härtet ab. Die Förderung von Bewegung und richtiger Ernährung im Kreis hat ein gemeinsames Ziel: Aus gesunden Kindern sollen später gesunde Erwachsene werden.

- Dieser Einsatz des Kreises für seine Schulen, der über rein bauliches Engagement hinausgeht, stärkt uns auch im Standortwettbewerb. Die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sind eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigsten „weichen“ Standortfaktoren. Es ist ein Trumpf, den auch die Rhein-Main-Region als Ganzes ausspielen kann. Wir stehen im internationalen Standortwettbewerb, daher gewinnen auch internationale Schulen zunehmend

an Bedeutung. Aus diesem Grund unterstützt der Kreis ausdrücklich die Ansiedlung einer internationalen Schule im Ostkreis, in der Gemarkung Schwalbach.

- Wir werden aber nicht nur mit unseren Schulen einen Beitrag dazu leisten, dass sich Frankfurt/Rhein-Main global weiter als Spitzenstandort positioniert. Zur Standortqualität tragen auch die hervorragenden Kliniken des Main-Taunus-Kreises bei. Deren Entwicklung zum Gesundheitskonzern wird vom Träger MTK unterstützt. Diesem politischen Ziel dient die vorgesehene Kapitalaufstockung von 14 Mio. €. Die Kliniken bieten den Bürgern an ihren beiden Standorten hohe fachliche Kompetenz. Sie sind Dreh- und Angelpunkt der Gesundheitsfürsorge im Main-Taunus-Kreis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich hoffe, ich habe Ihnen jenseits der Welt nüchterner Zahlen zeigen können, worauf es ankommt, im Jahr 2009 und darüber hinaus. Der Main-Taunus-Kreis ist ein Top-Bildungs- Wirtschafts- und Lebensstandort in der Region, und er muss fit für die Zukunft bleiben. Das gilt gerade unter solch schwierigen Bedingungen wie jetzt. Es gibt viel zu tun für den MTK. Deshalb packen wir's gemeinsam an.

Ich wünsche uns allen eine gute Beratung.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Berthold R. Gall